

KURZ UND PRÄGNANT

Mieten deckeln

Zur Studie der Bertelsmann-Stiftung „Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten“, erklärte MdL Heidrun Sedlacik: „Die angespannte Wohnraumsituation in den Städten Jena und Erfurt lässt Geringverdienern nicht mehr ausreichend Geld zum Leben, besonders auch in Jena. Notwendig ist eine effektive Mietpreisbremse. Kommunen müssen Mieten deckeln können, um weitere Preisexplosionen zu verhindern. Die Landesregierung soll von der Möglichkeit, Regelungen zur Begrenzung von Mieterhöhungen einzuführen, Gebrauch machen. Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung und wegen Neuvermietung müssen verboten werden und der soziale Wohnungsbau muss wieder angekurbelt werden.“ ■

Kali-Laugenentsorgung

DIE LINKE fordert nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts in Kassel, das jetzt die Einleitung von Kaliabwässern aus Neuhoof durch eine Laugenleitung vorerst stoppte, Konsequenzen. MdL Tilo Kummer: „Es kann nicht sein, dass solche Abwässer weiterhin per Laster in die Werra gekippt werden. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Prüfung zur Verträglichkeit mit dem Europäischen Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiet, die die Salzeinleitung mit der Begründung zuließ, dass bedrohte Arten bisher Salzabwässern ausgesetzt waren und das deshalb auch weiterhin ertragen können, waren das Papier nicht wert waren, auf dem sie standen.“ ■

Stromnetz-Ausbau völlig überdimensioniert

Neue Studie von Prof. Dr. Lorenz Jarass warnt: Akzeptanz der Energiewende wird bedroht

Einen Tag vor dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, das die Klage gegen die 380kV-Hochspannungstrasse quer durch den Thüringer Wald abgelehnt hatte, wurde am 17. Juli im Landtag in Erfurt bei der Linksfraktion ein brisantes wissenschaftliches Gutachten vorgestellt.

ganz überwiegend nur für die gesicherte Einspeisung von Kohlekraftwerken erforderlich ist. Die geplante 380kV-Stromautobahn ist nicht für die Übertragung von ostdeutschem Windstrom nach Süddeutschland notwendig, sondern vor allem von Braunkohlestrom zeitgleich zu Starkwind einspeisung. Der geplante völlig überdimensionierte Netzausbau bedroht die Akzeptanz des

spruch nicht nur zum gesetzlichen Gebot der wirtschaftlichen Zumutbarkeit des Netzausbaus, sondern auch zum gesunden Menschenverstand:

Zu gesicherten Einspeisung auch noch der höchsten der sehr seltenen und sehr kurzen simultanen Spitzen der Erzeugung Erneuerbarer Energien müssten nämlich für die hierfür erforderliche Erhöhung der Übertragungsleistung Hunderte Millionen Euro investiert werden, um einen Mehrertrag an Erneuerbaren Energien im Wert von nur einigen Hunderttausend Euro zu erzielen.“

Und das alles allein auf Kosten der Stromkunden

Und weiter heißt es in dem Gutachten: „Im Gegensatz zu den energiepolitischen Zielen soll das Stromnetz für eine unbeschränkte Einspeisung fossil erzeugten Stroms auch bei Starkwind einspeisung ausgebaut werden, und zudem für den internationalen Stromhandel, und das alles allein auf Kosten der deutschen Stromkunden.“

Heute gegebene technische Alternativen werden unzureichend berücksichtigt, insbesondere Maßnahmen zur Erhöhung der stationären Grenzleistung, zur Verbesserung der Netzstabilität und zur Blindstromerzeugung. Kostengünstige Maßnahmen zur Verbesserung der Netzstabilität werden nur ungenügend berücksichtigt“, so Prof. Jarass abschließend in seinem wissenschaftlichen Gutachten vom 28. Juni 2013. ■



Der Vorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow und die Landrätin des Ilm-Kreises, Petra Enders (LINKE), hatten im Rahmen eines Pressegesprächs gemeinsam mit Prof. Dr. Lorenz Jarass und dem Rechtsanwalt Dr. Hans Neumeier (im Foto v.r.n.l.) das neue wissenschaftliche Gutachten über die 380kV-Trasse erläutert.

Das Gutachten kommt zu dem Fazit, dass der vorgesehene Netzausbau

weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien und damit schließlich auch die Akzeptanz der Energiewende insgesamt.

Auch im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand

Im Fazit seiner Studie, schreibt Prof. Dr. Jarass außerdem: „Der geforderte Netzausbau steht im Wider-

NSU-Untersuchungsausschuss: Eine Zwischenbilanz

(Fortsetzung von Seite 6)

Allerdings ist die Version der Akten nur schwer mit den Aussagen der Zeugen in Einklang zu bringen. So hatte ein Sprengstoffexperte des LKA ausgesagt, sie seien bereits 9:00 Uhr über den Fund von Sprengstoff in einer Garage informiert worden. Der Einsatzleiter am Ort der Durchsuchung der anderen beiden Garagen gab an, Böhnhardt sei gefahren, nachdem die erste der beiden Garagen durchsucht worden war. Legt man jedoch die Berichte zugrunde, war diese Durchsuchung erst 9:30 Uhr beendet, so dass ganz klar entweder die Zeiten falsch dokumentiert wurden oder eben Böhnhardt doch erst nach dem Sprengstofffund das Weite suchte.

In diese Richtung weisen auch die Aussagen eines ebenfalls am Einsatz beteiligten Polizeibeamten und der Mutter Böhnhardts. Während der Polizist erinnerte, bereits per Funk über die Öffnung der Garage mit der Bombenwerkstatt informiert worden zu sein, bevor Böhnhardt seinen Wagen bestieg, schilderte die Mutter eine Version der Ereignisse, wie sie sie von ihrem Sohn bei einem späteren Treffen erhal-

ten haben will. Demnach habe Böhnhardt die Beamten nach Abschluss der Durchsuchungen in den beiden Garagen noch zur dritten Garage begleitet und sei erst nachdem ihm ein Beamter mit Festnahme gedroht habe umgedreht und davon gefahren. Auch hier steht der Ausschuss vor der Aufgabe, sich entweder für eine Variante zu entscheiden, oder festzustellen, dass sich der tatsächliche Hergang nicht mehr klären lässt.

Klar scheint hingegen zu sein, dass die Polizei im Anschluss an den Sprengstofffund viel zu viel Zeit vergehen ließ, bevor sie Fahndungsmaßnahmen einleitete. Offenbar wollte man sich bei der Staatsanwaltschaft rückversichern und verschenkte dabei wertvolle Zeit. Da der damalige Einsatzleiter jedoch nicht mehr vernehmungsfähig ist, wird wohl auch hier nicht abschließend zu klären sein, warum genau so viel Zeit verstrich, bis endlich am Nachmittag der Versuch unternommen wurde, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe auffindig zu machen. In den letzten beiden Beweisaufnahmen vor der Sommerpau-

se wurde dann der Schwerpunkt auf die Zeit nach dem Untertauchen der Drei gelegt. Aber auch hier deuten sich bereits eine Reihe Merkwürdigkeiten an, deren Aufklärung von der Aussagebereitschaft der Zeugen abhängen wird. So ist die Rolle der Juliane W. unklar, die unmittelbar nach dem Untertauchen mehrfach offenkundig im Auftrag des Trios agierte, von der Polizei aber völlig unbehehellig blieb.

Erklären könnte sich dies aus der jüngst bekannt gewordenen Zusammenarbeit von Juliane W. mit dem Landesamt für Verfassungsschutz. Auch warum die eingeschaltete Zielfahndung offenbar wichtige Hinweise auf Fluchthelfer und Umfeld, die sich aus den auch nur in Teilen ausgewerteten Aservaten der Durchsuchungen ergaben, nicht erhielt, ist offen. Daher wird sich der Ausschuss nach dem Sommer intensiv den Fahndungsmaßnahmen zuwenden und im September mit den Vernehmungen von Fahndern, Staatsanwälten und verantwortlichen Mitarbeitern des Verfassungsschutzes fortsetzen. Jedoch ist die Fahndung nicht

der letzte Komplex, dem sich der Ausschuss seinem Auftrag gemäß noch zu widmen hat. Der Frage, was Thüringer Behörden von den Verbrechen des NSU selbst wussten, wird sich der Ausschuss sogar ebenfalls im September erstmals widmen und zwei bayerische Polizisten hören, von denen einer im Juni vor dem bayerischen Untersuchungsausschuss behauptet hatte, bereits 2007 auf einer Lagebesprechung eine Information aus Thüringen zu einer Untergrundzelle namens NSU erhalten zu haben.

Bis zur Landtagswahl im nächsten Sommer stehen zudem noch die Ereignisse um den Tod von Böhnhardt und Mundlos am 4. November 2011 in Eisenach auf dem Programm. Außerdem ist der Ausschuss auch gehalten, Vorschläge zur Verbesserung der staatlichen Strukturen im Kampf gegen Neonazismus zu unterbreiten. Ob angesichts der vielen offenen Fragen und immer neuen Merkwürdigkeiten dieser Zeitplan einzuhalten sein wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Steffen Trostorf